

Niederschrift über die 38. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen am 19.11.2008, 16:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Norbert Frieling	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Hans-Theo Büker	Pro Coesfeld	
Frau Marita Gerdemann	Aktiv für Coesfeld	
Frau Hannelore Leimkühler-Bauland	CDU	bis TOP 5 ö. S. (20.00 Uhr)
Herr Dr. Thomas Pago	Pro Coesfeld	Vertretung für Heinz Kramer
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Herr Michael Quiel	CDU	
Herr Klaus Schneider	Aktiv für Coesfeld	bis TOP 5 ö. S. (20.10 Uhr), abwesend bei der Abstimmung zu TOP 4 ö. S.
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	bis TOP 5 ö. S. (20.00 Uhr), abwesend bei der Abstimmung zu TOP 3 ö.S.
Herr Diedrich vor der Brüggen	Pro Coesfeld	
Frau Inge Walfort	SPD	Vertretung für Detlef Kleer
Herr Augustinus Weiling	Pro Coesfeld	Vertretung für Dr. Günter Kirstein
beratende Mitglieder		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis TOP 9 ö. S. (20.55 Uhr)
Herr Wolfgang Kraska	FDP	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Uwe Manteuffel	FBL 60	
Frau Eike Schwering	FB 60	

Schriftführung: Frau Eike Schwering

Herr Norbert Frieling eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 21:00 Uhr.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
2. Anpassung des Angebotes Kinderspielplätze
Vorlage: 283/2008
3. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 115 "Coesfelder Weberei A 1"
-Durchführung des Verfahrens nach § 13a Baugesetzbuch (beschleunigtes Verfahren)
-Beschluss zur öffentlichen Auslegung
-Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 164/2008
4. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 2 "Neuordnung der Innenstadt" -
Änderungsbeschluss
Vorlage: 289/2008
5. Gestaltungsempfehlungen für den öffentlichen Raum im Geltungsbereich der
Gestaltungssatzung
Vorlage: 282/2008
6. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 120/1 "Gewerbepark Flamschen"
-Neufestlegung des Geltungsbereiches
-Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
Vorlage: 287/2008
7. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 120/2 "Gewerbepark Flamschen"
-Aufstellungsbeschluss
-Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
Vorlage: 286/2008
8. Budgetbericht per 30.09.2008
Vorlage: 270/2008
9. Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
2. Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung besteht Einvernehmen, den TOP 5 vorzuziehen und nach TOP 3 zu behandeln.

Erledigung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung

Herr Manteufel teilt mit, dass die Bürgerversammlung zum Haltepunkt Schulzentrum am 25.11.2008, 18.30 Uhr, im PZ stattfinden werde.

Herr Dickmanns informiert, dass auf dem Spielplatz im Baugebiet „Hof Schürmann“ ein Spielgerät zerstört wurde. Der Schaden belaufe sich auf rd. 16.000 €. Der Bauhof habe das Gerät abgebaut und die Reste entfernt. Ob Ersatz beschafft werden könne, müsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden werden. Im Budgetentwurf sei eine derartige Summe nicht berücksichtigt.

Herr Dickmanns berichtet, dass das Gespräch mit den Anliegern über den Kinderspielplatz „Zur Stegge“ am 16.10.2008 stattgefunden habe. Es wurde eine Planung erstellt, die mit dem Sprecher der betroffenen Bürger am 11.11.2008 besprochen worden sei. Es werde im Bezirksausschuss am 27.11.2008 und im UPB am 04.12.2008 berichtet.

Herr Dickmanns teilt darüber hinaus mit, dass an der Fröbelschule und an der Ludgerischule mit der Montage der Fotovoltaikanlagen begonnen wurde.

Herr Backes informiert ergänzend zum Thema „Haltepunkt Schulzentrum“, dass Anfragen zum Lärmschutz und zu den notwendigen Stellplätzen vorliegen. Zur Vorbereitung auf die Bürgerinformation habe sich die Verwaltung kundig gemacht. Lärmtechnisch seien Bahnanlagen wie die „freie Strecke“ zu behandeln. Dieser Punkt wurde im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes „Citadelle“ berücksichtigt. Ein Anspruch auf Lärmschutz bestehe nach geltender Rechtsprechung nicht. Dies könne anhand von 2 Urteilen belegt werden. Zum Thema „Stellplätze“ wurde zur Diskussion mit den Bürgern eine Planvariante erarbeitet.

TOP 2 Anpassung des Angebotes Kinderspielplätze Vorlage: 283/2008

In der Diskussion ist Herr Peters für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Auffassung, dass die Grundstücke ausgeschrieben werden müssten und dass der vorhandene Baumbestand auf dem Spielplatz „An der Klinke“ nicht nur erhalten bleiben sollte, sondern erhalten bleiben müsse. Er fragt, ob eine Nachbarschaftsbegegnungsfläche angelegt werden könne oder ob auch eine Verpachtung der Fläche möglich sei. Herr Backes weist darauf hin, dass die Vorschläge über eine zukünftige Verwendung der Grundstücke keinen Verkaufsbeschluss beinhalten. Es sei vorgesehen, bei mehreren Interessenten je nach Grundstück die Verfügbarkeit öffentlich zu machen. Die endgültige Entscheidung treffe der Hauptausschuss bzw. der Rat der Stadt Coesfeld. Über den vorhandenen Baumbestand müsse im Rahmen der

Bebauungsplanänderung abgewogen werden. Konkrete Anträge an die Verwaltung über die weitere Nutzung als Nachbarschaftsfläche wurden nicht vorgelegt. Herr Stallmeyer ist für die SPD-Fraktion der Auffassung, dass über eine weitere Verwendung der aufgegebenen Spielplatzflächen nicht vorschnell entschieden werden sollte. Die Maßnahme könne in einem transparenten Prozess anlaufen. Herr Schneider regt an, z. B. den Kinderspielplatz „Richters Weg“ zu einer befestigten Grünfläche umzurüsten, auf der auch ein Zelt für Nachbarschaftsveranstaltungen aufgestellt werden könnte. Hierzu weist Herr Backes darauf hin, dass eine Herrichtung der bisherigen Spielflächen nicht zu Lasten der Stadt gehen könne. Ziel der Maßnahme war, die Stadt von Kosten zu entlasten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion schließt sich Frau Ahrendt-Prinz der Forderung von Herrn Peters an und stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, dass der Baumbestand auf dem Spielplatz „An der Klinke“ erhalten bleiben müsse. Frau Gerdemann ist für die Fraktion „Aktiv für Coesfeld“ jedoch der Auffassung, dass diese Diskussion im Vorfeld des erforderlichen Bauleitplanverfahrens eine sinnvolle Nachfolgenutzung des Grundstückes erschwere.

Herr Quiel schließt sich für die CDU-Fraktion der Auffassung an und regt an, im Vorfeld mit den Nachbarschaften Kontakt aufzunehmen. Herr Kraska ist für die FDP-Fraktion der Meinung, dass eine Vermarktung der Schuldentilgung dienen müsse. Seiner Anregung, auch das Grundstück am Richters Weg als Bauland zur Verfügung zu stellen, kann nicht gefolgt werden, da die Fläche in einem durchgehenden Grünzug liegt. Herr Peters weist darauf hin, dass die Stadt Coesfeld von ihren Nachbarschaften lebe und daher vor einer Vermarktung über die weitere Nutzung der Flächen diskutiert werden sollte. Frau Leimkühler-Bauland ergänzt, dass den Wünschen der Nachbarschaften entgegengekommen werden sollte. Herr Backes weist darauf hin, dass für eine Bearbeitung ein klarer Auftrag für alle Flächen vorliegen müsse. Selbstverständlich könnten die Vorsitzenden der Nachbarschaften angeschrieben werden mit dem Hinweis, dass anfallende Kosten nicht zu Lasten der Stadt gehen dürfen. Er gibt jedoch jedoch zu bedenken, dass eine vorherige Anhörung Zeit und Geld koste.

Im weiteren Verlauf der Diskussion regt Frau Gerdemann für die Fraktion „Aktiv für Coesfeld“ an, die Nachbarschaften kurzfristig anzuschreiben und die möglichen Alternativen aufzuzeigen. Herr Stallmeyer schließt sich für die SPD-Fraktion ebenfalls diesem Vorschlag an. Allerdings sollte über den Baumbestand erst im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens entschieden werden. Erst innerhalb dieses Verfahrens könne auch über einen Ökoausgleich entschieden werden. Herr Peters schlägt in diesem Zusammenhang vor, aus den Verkaufserlösen aufgebener Spielplatzflächen einen Ersatz für das zerstörte Spielgerät auf dem Kinderspielplatz „Hof Schürmann“ zu finanzieren. Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden fasst der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen den

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung an den Rat über die zukünftige Verwertung der Grundstücke, die im Rahmen der Anpassung des Spielplatzangebotes nicht mehr benötigt werden, erfolgt in dieser Sitzung nicht. Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst die betroffenen Nachbarschaften anzuschreiben und die möglichen Alternativen aufzuzeigen. Die Angelegenheit ist in der Januar-Sitzung dem Ausschuss zur Beschlussfassung erneut vorzulegen.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden zieht Frau Ahrendt-Prinz ihren Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	0

TOP 3 **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 115 "Coesfelder Weberei A 1"**
-Durchführung des Verfahrens nach § 13a Baugesetzbuch
(beschleunigtes Verfahren)
-Beschluss zur öffentlichen Auslegung
-Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger
öffentlicher Belange
Vorlage: 164/2008

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen das Planverfahren auf Grundlage des § 13a Baugesetzbuch (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren durchzuführen.

Beschlussvorschlag 2:

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 115 „Coesfelder Weberei A 1“ und der Entwurf der Begründung werden beschlossen. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) ist durchzuführen.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit den vorliegenden Unterlagen gemäß § 4 BauGB zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	11	0	0
Beschluss 2	11	0	0
Beschluss 3	11	0	0

Herr Stallmeyer hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

TOP 4 **2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 2 "Neuordnung der Innenstadt"**
- Änderungsbeschluss
Vorlage: 289/2008

Herr Backes gibt einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung des Marktplatzes im Zeitenwandel. Anhand von historischen Zeichnungen und Bildern zeigen sich geschlossene Hausfassaden mit kleinen Öffnungen, ein ruhiger Platzraum mit Durchblicken auf die Kirchenbauten. Historisch lassen sich Arkaden nur an der Nordfassade des ehemaligen Rathauses („Gruuthuus“) wiederfinden. Entwürfe bzw. Varianten zur Neugestaltung aus dem Jahr 1946 zeigen eine Straße mit einem Platz, in dem die Kirchen eingebunden werden sollen. Gestaltungselemente sind den Unterlagen nicht zu entnehmen. Ein Wettbewerbsentwurf des Jahres 1951 zeigt als verbindendes Element zwischen der evangelischen Kirche und dem Rathaus einen Bogengang auf. Der Wettbewerb 1977/78 war im Wesentlichen städtebaulich geprägt, die Fassaden waren von untergeordneter Bedeutung. Arkaden habe es wiederholt als Planungsvorschlag gegeben. Jetzt stelle sich die Frage, ob Arkaden heute gestalterisch sinnvoll sind und einen Gewinn für die Stadt darstellen. Für deren Anlegung seien in vielen Fällen funktionale Gründe, wie z. B.

Markthallen oder Weinkeller unter Rathäusern und Witterungsschutz, städtebauliche Gründe durch Betonung einer Wegeverbindung oder Schaffung eines transparenten Raumabschlusses und gestalterische Gründe in Form der Heraushebung wichtiger Gebäude maßgebend. An der Nordseite des Marktplatzes seien die Arkaden ein sinnvolles Gestaltungselement durch

- historisches Vorbild
- transparenter Raumabschluss zum Lambertiplatz
- beengte Raumverhältnisse am Durchgang an der Lambertikirche
- Akzentuierung der Wegeführung zum Lambertikirchplatz
- gastronomische Nutzung bleibt für den Marktplatz erlebbar
- qualitätvolle Architektur mit sorgfältigen Details

Die Südbebauung zeige eine weniger gute Architektur mit einfachen Details und ohne historisches Vorbild auf. Die ursprünglich geplante gastronomische Nutzung und die Wegeführung wurden nicht realisiert. Die Nutzungen seien auf dem Marktplatz nicht erlebbar. Durch die Lage auf der Schattenseite sei der Bereich dunkel. Aufgrund dieses eher negativen Gesamteindrucks sei der Planungsvorschlag entstanden, den Arkadenraum zu nutzen und die Geschäfte direkt an den Markt zu ziehen. An der Westseite sei eine Umsetzung der im Bebauungsplan vorgesehenen vor die Gebäude gestellten Arkaden nicht umgesetzt worden. Ein Eingriff in die historisch wertvolle Fassade des Gebäudes Markt 3 sei nicht zulässig, ein derartiger Eingriff in die historische Bausubstanz des Gebäudes Markt 2 sei problematisch. Ziel der Umgestaltung sei eine Bebauung, die die historische Parzellenstruktur widerspiegele und sich durch die geänderten Nutzungen stärker an den Qualitäten der historischen Baukörper orientiere. Die Umgestaltung ermögliche darüber hinaus eine Verbesserung des Außenraumes ohne gravierende Veränderungen mit relativ einfachen Mitteln in Form von Grün, Möblierung und Beleuchtung.

In der ausführlichen Diskussion spricht sich Herr Kraska für die FDP-Fraktion für einen Erhalt der Arkaden aus. Er habe erst heute erfahren, dass der Bebauungsplan Arkaden festschreibe. Bei einer Änderung des Bebauungsplanes könne auch auf eine Gestaltungsfibel verzichtet werden. Herr Peters zeigt sich für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. irritiert, dass eine Baugenehmigung erteilt wurde, obwohl der Bebauungsplan widerspreche. Ihm sei nicht bekannt gewesen, dass ein derartig dezidierter Bebauungsplan vorliege. Aufgrund der vorliegenden vehementen Einsprüche aus der Bevölkerung stellt er den Antrag, den Beschluss über die Änderung des Bebauungsplanes zurückzustellen und vorher eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger anzusprechen, sollte der Termin für die Bürgerinfo erst ab 19 oder 20 Uhr anberaumt werden. Aus dieser Bürgerbeteiligung sollten Workshops entwickelt werden. Die Argumente der Verwaltung hätten zwar überzeugt, eine Entscheidung solle jedoch nicht ohne die Bürgerinnen und Bürger getroffen werden. In diesem Zusammenhang verweist Herr Backes auf die Sitzung vom 11.06.2008. Dort wurde der Bebauungsplan vorgestellt und auf die Arkaden hingewiesen. Der Bebauungsplan sei in 30 Jahren nicht durchgeführt worden und daher nicht mehr aktuell. Er habe Verständnis für die Forderung nach einer Bürgerbeteiligung, doch diese hätte bereits im Juni getroffen werden können. Zum jetzigen Zeitpunkt werde das Verfahren unnötig in die Länge gezogen. Herr Stallmeyer weist für die SPD-Fraktion darauf hin, dass sich der Ausschuss bereits im Juni für das Projekt ausgesprochen habe. Das Gebäude Markt 2 sei seit vielen Jahren Thema, die Anlegung von Arkaden sei nicht eingefordert worden. Die Presse habe ausführlich berichtet. Seit 30 Jahren werde an dem Bereich geplant. Veränderungen könne es nur durch private Investoren geben. Planung unterliege auch einem Wandel. Um den Marktplatz herum habe es Arkaden nie gegeben. Arkaden seien darüber hinaus nicht mehr zeitgemäß. Es mache keinen Sinn, an etwas festzuhalten, was nicht gehe. Frau Ahrendt-Prinz stimmt für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen Herrn Stallmeyer grundsätzlich zu. Es sei immer bekannt gewesen, dass an der Westseite Arkaden vorgesehen waren, auf deren Verwirklichung im Rahmen der vorgeschlagenen Bebauungsplanänderung verzichtet werden sollte. Sie

persönlich habe auch keine Probleme, die Arkaden im südlichen Bereich zurückzubauen. In der Fraktion sei das Thema jedoch vielfach diskutiert und ein Erhalt gewünscht worden. Die Arkaden seien im jetzigen Zustand zwar nicht attraktiv, sie machten aber für gastronomische Betriebe durchaus Sinn. Durch einen Rückbau werde ein Ungleichgewicht und eine gewisse räumliche Enge für die Markthändler befürchtet.

Herr Peters weist darauf hin, dass seine Fraktion erst durch das Schreiben des Heimatvereins auf die im Bebauungsplan festgeschriebenen Arkaden an der Westseite aufmerksam wurde. Eine förmliche Bürgerbeteiligung im Bebauungsplanverfahren setzte voraus, dass sich der Bürger selbst um seine Belange kümmern müsse. Durch eine Beteiligung außerhalb eines förmlichen Verfahrens wolle man möglichst viele Bürger erreichen. Eine Zeitverzögerung von 4 bis 6 Wochen sei nicht problematisch. Frau Leimkühler-Bauland ist für die CDU-Fraktion der Auffassung, dass die Notwendigkeit der Änderung des Bebauungsplanes nach 30 Jahren schlüssig vorgetragen wurde. Herr Stallmeyer ergänzt, dass er im Zusammenhang mit TOP 6 Verständnis für die Forderung der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. habe, dort liege der Schwerpunkt auf der Möblierung. Man sollte eine Info-Veranstaltung unter dem Thema „Möblierung einschließlich Bebauung“ durchführen. Zu diesem Vorschlag führt Herr Backes aus, dass ganz bewusst zwei getrennte Beratungspunkte in die Tagesordnung aufgenommen wurden. Die Bebauungsplanänderung betreffe alle Bürger, jeder könne sich im Verfahren äußern. Für die Diskussion mit dem Bürger müsse das Verfahren in Gang kommen. Bei der Erarbeitung von Gestaltungsempfehlungen für den öffentlichen Raum sei der Adressatenkreis ein anderer. Die Diskussion mit Gastronomen, Händlern usw. bedürfe eines längeren Zeitraums und eine Umsetzung setze Konsens voraus.

Nach weiterer Diskussion fasst der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden folgenden

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 „Neuordnung der Innenstadt“ auf der Grundlage des § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchzuführen.

Der Änderungsbereich wird wie folgt umgrenzt:

- im Norden durch die Fassaden des Gebäudes Markt 17/18,
- im Osten durch die Fassaden der Lambertikirche und des Rathauses (Markt 8),
- im Süden durch eine Linie gebildet durch Rathaus, Südfassaden der Häuser Markt 12 und 23, sowie die Nordfassade des Hauses Markt 6
- im Westen durch die Ostfassaden der Häuser Markt 4 und 5 sowie eine Linie gebildet durch die Westfassaden der Häuser Markt 1, 2, 3.

Die genaue Abgrenzung ist aus dem der Einladung beiliegenden Übersichtsplan ersichtlich.

Die Verwaltung wird beauftragt, zu Beginn des Offenlegungsverfahrens im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung die Intention darzulegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	0

Herr Schneider hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Vorlage: 282/2008

Frau Beckmann stellt dem Ausschuss verschiedene Gestaltungselemente vor, zeigt Positiv- und Negativbeispiele auf und erläutert die von ihr erarbeiteten Resultate für Coesfeld.

In der Diskussion verweist Herr Peters auf die Meinungsvielfalt in seiner Fraktion. Er verknüpfe die Erarbeitung von Gestaltungsempfehlungen mit der Änderung des Bebauungsplanes. Es bestehe ein großes öffentliches Interesse an der Gestaltung des Stadtgrundrisses. Die vom Gestaltungsbeirat vorgeschlagenen Korbstühle seien zu sperrig, man sollte auch möglichen Vandalismus bedenken. Er stellt den Antrag, vor einer Beschlussfassung eine Bürgeranhörung durchzuführen, um das Thema plausibler zu machen. Seine Fraktion stimme den Vorschlägen noch nicht zu. Herr Quiel ist für die CDU-Fraktion der Meinung, dass zunächst die Akteure an den Tisch geholt werden müssen. Frau Ahrendt-Prinz ist der Meinung, dass der Ausschuss Gestaltungsleitlinien formulieren solle, eine Bürgeranhörung könne später erfolgen.

Herr Backes stellt klar, dass als erster Schritt der grundsätzliche Weg formuliert werden solle. Die Empfehlungen richteten sich nicht an die Allgemeinheit sondern an diejenigen, die die Vorschläge später realisieren sollen. Das Einverständnis der Betroffenen sei zwingende Vorgabe. Um mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen, müsse ein Gesamtkonzept vorliegen. Erst danach mache eine Öffentlichkeitsbeteiligung Sinn. Stadtgestaltung stehe hier nicht im Vordergrund.

Herr Kraska nimmt für die FDP-Fraktion eine ablehnende Haltung ein. Die Vereinheitlichung gehe zu weit. Es müsse den Betreibern überlassen bleiben, wie sie ihre Betriebe im öffentlichen Raum gestalten. Grobe Richtlinien könne es geben, eine Vereinheitlichung sei mit seiner Fraktion nicht zu machen. Frau Walfort erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag folgen werde. Ob sich die Verwendung von Korbstühlen durchsetzen werde, bleibe abzuwarten. Derartige Möbel seien teuer und ließen sich nur schwer transportieren. Frau Gerdemann weist für die Fraktion „Aktiv für Coesfeld“ darauf hin, dass sich die Empfehlungen an die Betreiber richten. Die vorgetragene Kritik an der Einheitlichkeit könne sie nicht nachvollziehen. Der Grundgedanke sei richtig, dies sei im Bereich Gastronomiebetriebe an der Bernhard-von-Galen-Straße ablesbar. Die Praktikabilität sei nicht das Problem des Ausschusses. Herr Peters vertritt für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. die Auffassung, dass mit den Beschlussvorschlägen etwas festgeschrieben werde. Eine vorherige Bürgerversammlung ggf. auch mit Vertretern des Handels und der Gastronomie sei nötig.

Als Kompromiss schlägt der Ausschussvorsitzende vor, die Empfehlungen in einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Stadtmarketingverein, zu der auch Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden, zu diskutieren und die Angelegenheit anschließend im Ausschuss wieder zu beraten. Herr Backes kann ein derartiges Verfahren nicht empfehlen. Man müsse zuerst mit denjenigen diskutieren, die damit umgehen müssen. Vorschläge der Experten lägen vor, jetzt seien Vorschläge der Betroffenen erforderlich. Erst dann sei eine Bürgerversammlung mit anschließender Beschlussfassung im Ausschuss sinnvoll.

Nach weiterer Diskussion fasst der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden den

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen beschließt, die Empfehlungen zu den Beschlussvorschlägen 1 und 2 dem Stadtmarketingverein in einer öffentlichen Veranstaltung, zu der auch interessierte Bürger eingeladen sind, zu präsentieren, zu diskutieren und

anschließend dem Ausschuss erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	0	0

TOP 6 **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 120/1 "Gewerbepark Flamschen"**
 -Neufestlegung des Geltungsbereiches
 -Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
 Vorlage: 287/2008

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen den Geltungsbereich des Bebauungsplanes neu zu fassen.

Das neu abzugrenzende Plangebiet umfasst den östlichen und südöstlichen Teilbereich (ehem. „Technischer Bereich“) des Kasernengeländes und wird wie folgt umgrenzt:
Im Norden und Osten durch den „Markenweg“, im Süden durch die „rückwärtige Kasernenzufahrt zum ehem. Technischen Bereich“ und im Westen durch eine Linie die in einem Abstand von ca. 120 m parallel zum „Markenweg“ verläuft.
Die genaue Abgrenzung ist dem der Einladung beigefügten Übersichtsplan zu entnehmen.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit den beigefügten Unterlagen frühzeitig zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	9	0	0
Beschluss 2	9	0	0

TOP 7 **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 120/2 "Gewerbepark Flamschen"**
 -Aufstellungsbeschluss
 -Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
 Vorlage: 286/2008

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan Nr. 120/2 „Gewerbepark Flamschen“ aufzustellen.

Der Geltungsbereich umfasst den südlichen Teilbereich des Kasernengeländes und wird wie folgt umgrenzt:
Im Norden durch die „rückwärtige Kasernenzufahrt zum ehem. Technischen Bereich“, im Osten durch den „Markenweg“, im Süden durch die ehem. Bauschuttdeponie und im Westen

durch die angrenzenden Forstflächen und die Standortschießanlage.
Die genaue Abgrenzung ergibt sich aus dem der Einladung beigefügten Übersichtsplan.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	1	0	0
Beschluss 2	1	0	0

TOP 8 **Budgetbericht per 30.09.2008**
Vorlage: 270/2008

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9 **Anfragen**

Herr Peters weist darauf hin, dass in der Beantwortung der Anfrage zu Fotovoltaikanlagen nicht auf die Auswirkungen auf das öffentliche Stromnetz eingegangen wurde. Er fragt, ob für die Einspeisung in das Netz der Stadtwerke u. a. neue Leitungen verlegt werden müssen. Herr Dickmanns teilt mit, dass die Verhandlungen darüber direkt zwischen Betreiber und Stadtwerken geführt wurden. Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Protokoll.

Antwort der Verwaltung:

Die geplante Einspeisung hat auf Seiten der Stadtwerke keinen Investitionsbedarf ausgelöst. Nach Mitteilung des Installationsunternehmens werden als nächstes folgende Schulen ausgerüstet:

*Kardinal-von-Galen-Schule
Maria-Frieden-Schule
Freiherr-vom-Stein-Schule
Feuerwache Coesfeld
Kreuzschule
Theodor-Heuss-Schule
Laurentiuschule*

Herr Kraska erkundigt sich nach den notwendigen Stellplätzen im Zusammenhang mit der Einrichtung der „Coesfelder Tafel“ im Gebäude der ehemaligen Kindertagesstätte an der Franz-Darpe-Straße.

Der Ausschussvorsitzende verweist hierzu auf ein Gespräch zwischen dem Verein und der Verwaltung am 26.11.2008.

Frau Gerdemann fragt, ob es nicht möglich sei, für das Laub städtischer Straßenbäume Sammelgefäße aufzustellen, in die die Anlieger das Laub einfüllen können, die anschließend regelmäßig vom Bauhof entleert werden.

Herr Dickmanns verweist hierzu auf die Abfallbeseitigungssatzung.

Herr vor der Brüggen bittet, im Bereich Grenzweg / Kleine Heide an dem vorhandenen Zaun zusätzlich Karnickeldraht anzubringen, damit das Laub nicht ständig zurückwehe.

Norbert Frieling
Vorsitzender

Eike Schwering
Schriftführerin